

Inhaltsverzeichnis

- 7 Einleitung: Utopie in der Krise

- 12 Kapitel 1: Venezuela vor Chávez
*Von der paktierten Demokratie zum Niedergang der
Zweiparteienherrschaft*

- 33 Kapitel 2: Das andere Venezuela
Barrios, militante Linke und Repression

- 50 Kapitel 3: Nach dem Caracazo
*Zerfall des Punto Fijo-Systems und Aufstieg des
Bolivarianismus*

- 66 Kapitel 4: Kampf um Hegemonie und Macht
*Eine konkrete Utopie nimmt Gestalt an – und erzeugt
Gegenwehr (1999 bis 2003)*

- 85 Kapitel 5: Konturen eines chavistischen Systems
Der Machtkampf eröffnet Gestaltungsspielraum (2003-2005)

- 101 Kapitel 6: Auf dem Weg zum „Sozialismus des
21. Jahrhunderts“
Der Staat versucht, die Kontrolle auszubauen (2006-2012)

- 134 Kapitel 7: Das schwere Erbe
*Venezuela schlittert in die größte Krise seiner Geschichte
(2013-2018)*

- 165 Kapitel 8: „Alle Optionen liegen auf dem Tisch“
*Die Opposition verrennt sich und Maduro sichert seinen
Machterhalt (2018-2023)*

200	Kapitel 9: ¿Comuna o Nada? <i>Die chavistische Basis bleibt aktiv – trotz allem</i>
212	Kapitel 10: Die umstrittene Wahl <i>Auch 2024 setzt sich die venezolanische Krise fort</i>
225	Literatur
233	Interviews
234	Abkürzungsverzeichnis und Glossar

Einleitung: Utopie in der Krise

Das Centro Sambil ist eine typische Shopping Mall. Mit Standorten in verschiedenen venezolanischen Städten befindet sich das größte der Einkaufszentren in dem wohlhabenden Bezirk Chacao in Caracas. 2009 stand in dem Stadtteil La Candelaria unweit des Zentrums der venezolanischen Hauptstadt ein zweites Sambil kurz vor der Eröffnung. Doch im Dezember 2009 zog der damalige venezolanische Präsident Hugo Chávez die Reißleine. „Nein, nein und nein“, rief er in die Kameras. Das Sambil werde in der dicht besiedelten Gegend zu Verkehrschaos führen. „Wir enteignen und verwandeln es in eine Klinik, was weiß ich, in eine Schule, in eine Universität.“ 2011 brachte die Regierung dort vorübergehend Menschen unter, die bei schweren Regenfällen ihre Häuser verloren hatten. Eine feste Verwendung für das Gebäude fand sich jedoch nie. 2022 erfolgte die Rückgabe des Einkaufszentrums an die ursprünglichen Eigentümer, als sei nichts geschehen.

Eine kleine Minderheit kaufkräftiger Klientel zahlt dort heute Preise, die an europäische Hauptstädte erinnern. Der offizielle Mindestlohn liegt derweil bei 3,50 Euro – pro Monat. Das reicht im Food-Court der Mall immerhin für einen Milchkaffee.

Der Fall zeigt exemplarisch den Richtungswechsel auf, den Chávez-Nachfolger Nicolás Maduro seit ein paar Jahren vollzieht. Mit Hinweis auf die US-Sanktionen fördert dieser heute einen unregulierten Kapitalismus aus intransparenten Privatisierungen und Investitionsanreizen. Seit Chávez' Tod im Jahr 2013 haben sich alle wirtschaftlichen Indikatoren rapide verschlechtert. Die amtierende Regierung reagierte auf den Niedergang überwiegend autoritär. Dabei hofften in Venezuela zu Beginn des Jahrtausends viele Menschen auf eine sozial gerechtere Gesellschaft und eine Vertiefung der Demokratie. Die ärmere Bevölkerungsmehrheit verteidigte Chávez zwischen 2002 und 2004 entschieden gegen offene Umsturzversuche. Mit dem beginnenden Erdölboom 2003 legte die Regierung an den traditionellen Institutionen vorbei umfassende

Sozialprogramme (*misiones*) auf. Zudem enteignete sie Agrarland und förderte alternative Unternehmensformen wie Kooperativen oder Arbeitermitverwaltung in Betrieben. Die meisten Bewohner:innen der informell errichteten Armenviertel (Barrios) erlebten nie zuvor gesehene Partizipationsmöglichkeiten und materielle Verbesserungen. Seit 2006 strebte Chávez' einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ an. Der Erdölboom ermöglichte es, die staatlichen Ausgaben schier unbegrenzt zu erhöhen, förderte aber auch Korruption und Missmanagement auf allen Ebenen. Ohne das Charisma seines Vorgängers und unter widrigen wirtschaftlichen sowie außenpolitischen Bedingungen geriet der Chavismus unter Maduro in eine schwere Krise. Angesichts eines drohenden Machtverlustes schmiss die Regierung zentrale Pfeiler des chavistischen Projektes über Bord und schränkte sowohl liberal- als auch basisdemokratische Rechte ein. Unabhängige linke Positionen werden durch die Polarisierung seit Jahren zwischen den beiden großen politischen Lagern zerrieben.

Vor allem nach dem kurzzeitigen Putsch gegen Chávez 2002 stieg das Interesse an Venezuela auch im deutschsprachigen Raum sprunghaft an. Dabei gab es grob unterteilt zwei grundlegende Ansätze: Zum einen Autor:innen, die häufig schon jahrzehntelang zu Venezuela arbeiteten und die politischen Veränderungen aus einer liberal-demokratischen Perspektive betrachteten (beispielsweise Sevilla/Boekh 2005, Diehl/Muno 2005). Zum anderen wuchs innerhalb großer Teile der Linken die Begeisterung für die partizipativen und antikapitalistischen Konzepte an der chavistischen Basis sowie den linkspopulistischen Stil von Hugo Chávez, während die Institutionen eher als nachrangig erachtet wurden (beispielsweise Zelik/Bitter/Weber 2004, Kollektiv p.i.s.o. 16 2004, Azzellini 2007, Gruppe MovimientoR 2007, Haule 2009).

In den Jahrzehnten vor Chávez' erstmaligem Wahlsieg 1998 war die Beschäftigung mit Venezuela hingegen fast ausschließlich auf formale Institutionen und das stabile Parteiensystem fokussiert. Die Geschichte des „anderen Venezuela“, der marginalisierten Mehrheit in den Barrios, wurde erst in Chávez' Regierungszeit breit erzählt. Das chavistische Venezuela anhand liberaler Kategorien zu betrachten, taugte von Beginn an nur bedingt, um die politischen Veränderungen adäquat zu erfassen. Der Ansatz legte

nahe, Chávez als autoritär darzustellen, als habe dieser den demokratisierenden Diskurs aus reinem Kalkül geführt, um ein personalistisches und populistisches Politikprojekt durchzusetzen. Aus demselben Grund fiel es der venezolanischen Opposition jahrelang schwer, den politischen Rückhalt für Chávez zu erklären. Die Basisbewegungen passten mit ihrer engen Verbindung zum Präsidenten und zu staatlichen Institutionen nicht in das liberale Bild einer vermeintlich unabhängigen (aber häufig über Anträge bei internationalen Geldgebern und Stiftungen finanzierten) Zivilgesellschaft. Umgekehrt vernachlässigte die Fokussierung auf Bewegungen und Basisprozesse häufig die institutionelle Ebene und ignorierte weitgehend die strukturellen wirtschaftlichen Grenzen sowie den Abbau von Kontrollmechanismen, die oft nur als Blockademöglichkeiten des bürgerlichen Staates wahrgenommen wurden. Das Beispiel Venezuelas zeigt aber auch: Die Kontrollmechanismen des liberalen Staates zu schwächen, ohne vergleichbare und effektive Korrektive der Macht in einem vermeintlich sozialistischen Staat zu schaffen, kann nicht funktionieren, wenn der Anspruch in mehr und radikalerer Demokratie besteht.

Nicht zuletzt trug auch die Geschwindigkeit der Veränderungen unter dem Chavismus dazu bei, dass seriöse Analysen es nicht einfach hatten. Häufig verschwanden oder transformierten sich Gruppen, Initiativen und Politiken schneller, als ein Thema überhaupt erforscht werden konnte.

Spätestens nach Chávez' Tod 2013 und dem Beginn der tiefgreifenden Krise 2014/15 ebte das Interesse an Venezuela merklich ab. Während die chavistischen Errungenschaften nach und nach verloren gingen, wandten sich viele Linke enttäuscht anderen Ländern oder Regionen zu. Nach 2013 erschienen in deutscher Sprache kaum noch Bücher über Venezuela.¹ Differenzierte Beschreibungen

1 Für eine seriöse Auseinandersetzung, die die Folgen des Erdölreichtums mit einem Überblick über zentrale chavistische Regierungspolitiken verbindet: Peters 2019. Mit einigen fragwürdigen Rückschlüssen, die auf teilweise konstruierten oppositionellen Informationen beruhen: Bahrman 2018. Bücher, die entschieden die Regierung beziehungsweise den bolivarianischen Prozess verteidigen, sind in den letzten Jahren auf Deutsch nicht mehr erschienen. Siehe dazu beispielhaft aus Spanien: Tirado Sánchez 2019.

des politischen Prozesses sind nach wie vor selten. Die meisten (oft journalistischen) Beiträge bedienen stark vereinfachte Sichtweisen. Demnach sind entweder die autoritäre Regierung mit ihrer fehlgeleiteten Wirtschaftspolitik, die rechte Opposition und die Einmischung der US-Regierung oder aber strukturelle Probleme des Erdöllandes ursächlich für die historische Krise unter Maduro. All diese Ansätze enthalten stichhaltige Anknüpfungspunkte, greifen isoliert betrachtet jedoch deutlich zu kurz.

Die vorliegende Arbeit betrachtet den bolivarianischen Prozess nicht rückblickend durch die Brille seines Scheiterns, sondern als ergebnisoffenen Prozess, der sich auch anders hätte entwickeln können. Gleichzeitig ist es aus linker Perspektive unerlässlich, jenseits vereinfachender Erklärungen mögliche Ursachen für die enttäuschende Entwicklung des chavistischen Projektes in den Blick zu nehmen – auch wenn sie für die Linke unbequem sein mögen. Schließlich verfügte die Regierung nach dem gewonnenen Machtkampf 2004/2005 oberflächlich betrachtet über glänzende Möglichkeiten, um gemeinsam mit sozialen Bewegungen einen partizipativen und produktiven Sozialismus aufzubauen.

Wenngleich dies keine akademische Arbeit ist, sind zur besseren Nachvollziehbarkeit weitgehend Literaturhinweise und Quellen enthalten. Es liegt in der Natur der Sache, dass eine Überblicksdarstellung des komplexen und widersprüchlichen bolivarianischen Prozesses lückenhaft bleiben muss. An vielen Stellen war es aus Platzgründen nicht möglich, mehr ins Detail zugehen. Mit einigen hier angeschnittenen Teilthemen ließen sich ganze Bücher füllen, andere fehlen gänzlich.

Um die heutige Situation zu verstehen, ist zunächst ein Blick auf die jüngere Geschichte des „institutionellen“ und „anderen“ Venezuelas sowie die strukturellen Grundlagen des Erdöllandes notwendig. Es folgt eine Schilderung des politischen Aufstiegs des Chavismus, des gesellschaftlichen Aufbruchs sowie der Widerstände der ersten Regierungsjahre. Anschließend werden der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, die Beziehungen zwischen Staat und Bewegungen sowie die Wirtschaftskrise, der Machtkampf und der Niedergang des politischen Projekts unter Maduro analysiert. Die letzten beiden Kapitel widmen sich der Frage, was vom re-

bellischen Basis-Chavismus und der Idee eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ bleibt und welche Perspektiven sich nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl vom Juli 2024 ergeben.

Kapitel 1: Venezuela vor Chávez

Von der paktierten Demokratie zum Niedergang der Zweiparteienherrschaft

Die Polarisierung in Venezuela beginnt bereits beim Blick in die Vergangenheit. Je nach politischem Standpunkt verkörpert die sogenannte Vierte Republik oder kurz „die Vierte“ („la cuarta“) völlig unterschiedliche Dinge. Anti-Chavistas gilt sie häufig als Chiffre für bessere, längst vergangene Zeiten. Die meisten Linken betrachten sie hingegen als Hort korrupter Elitenherrschaft. Offiziell begann die Vierte Republik 1830, nachdem sich Venezuela von Großkolumbien gelöst hatte und der Traum Simon Bolívars von einem geeinten spanischsprachigen Lateinamerika gescheitert war. Im allgemeinen Sprachgebrauch ist damit jedoch häufig der Zeitraum der „paktierten Demokratie“ von 1958 bis 1998 gemeint.

Nachdem das 19. Jahrhundert von Konflikten zwischen regionalen Führungspersonen (Caudillos), Zentralismus und Föderalismus geprägt war, dominierten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Präsidenten aus dem Andenraum, der das Zentrum des Kaffeeanbaus darstellte. Aufgrund seiner längeren Lagerfähigkeit hatte Kaffee bereits in den 1820er Jahren Kakao als Hauptexportprodukt abgelöst (Zeuske 2008: 348).

Landesweite Strukturen entwickelten sich während der Präsidentschaften von Cipriano Castro (1899 bis 1908) und Juan Vicente Gómez (1908 bis 1935) zunächst nur in der Armee. Unter Gómez verwandelte sich Venezuela innerhalb weniger Jahre vom Agrar- zum Erdölland. Konzessionen waren bereits ab 1865 vergeben worden, das erste Bohrloch installierte Royal Dutch Shell 1914. Aufgrund der Motorisierung des Militärs und der Zunahme privater Automobile stieg die Nachfrage nach Erdöl im Zuge des Ersten Weltkriegs an. Ab 1928 war Venezuela der größte Erdöl-exporteur und hinter den USA der zweitgrößte Erdölproduzent weltweit (Arraíz Lucca 2017: 83). Gómez lockte überwiegend US-amerikanische Erdölfirmer mit niedrigen Abgaben. Die venez-

lanischen Zwischenhändler in seinem Umfeld und der Diktator selbst verkauften vom Staat erhaltene Erdöl-Konzessionen für ein Vielfaches des ursprünglichen Wertes weiter (Mommer 1983: 54). Trotz der sehr moderaten Besteuerung von Erdölproduktion und Landnutzung stiegen die Staatseinnahmen beträchtlich.

Unter Gómez' langer Diktatur fand eine erste Modernisierungswelle statt. So entstanden ein überregionales Straßen- und Telegrafennetz sowie Kühlhäuser für Rindfleisch. Internationale Ölfirmen ließen sich in Caracas nieder, der einsetzende Rückgang der Kaffeeproduktion begünstigte die Migration in die Städte. Zwar hatten sich während der Diktatur Oppositionsbewegungen wie die mittelfristig einflussreiche „Generation von 1928“ gebildet (Melcher 2009: 111ff.). Erst auf Gómez' Tod 1935 jedoch folgten verstärkte politische Mobilisierungen und offenere Debatten. Der Wandel vollzog sich unter Kontrolle seiner Nachfolger Eleazar López Contreras (1935-1941) und Isaías Medina Angarita (1941 – 1945) aber nur langsam und ohne offenen politischen Bruch mit den Strukturen der Diktatur (Zeuske 2008: 374).

Zaghafte politische Öffnung und Militärdiktatur

Der potenzielle gesellschaftliche Nutzen, der von der Erdölindustrie ausgehen könnte, wurde nun erstmals offen debattiert (Coronil 1997: 93ff.). 1936 formulierte der venezolanische Schriftsteller Arturo Uslar Pietri in einem Zeitschriftenartikel den Anspruch „das Erdöl zu säen“ („sembrar el petróleo“). Damit bezog er sich ursprünglich darauf, mithilfe der Petrodollar den Agrarsektor zu entwickeln. Als Slogan sollte fortan praktisch jede venezolanische Regierung das Ziel verfolgen, die Wirtschaft mithilfe der Erdöleinnahmen zu diversifizieren. Die Öl-Industrie bestand aus Enklaven, die über moderne Infrastruktur wie private Straßen, Schulen und Gesundheitsposten verfügten, und schuf als kapitalintensive Branche vergleichsweise wenig Arbeitsplätze. Zwischen dem 14. Dezember 1936 und dem 22. Januar 1937 fand der erste Streik im Erdölsektor statt. Die Arbeiter forderten bessere Löhne, angemessenen Wohnraum und die Souveränität über die Erdölvorkommen, beendeten den Streik jedoch mit nur minimalen Zugeständnissen. In der Folge gründete sich 1936 der Ge-

werkschaftsdachverband CTV. Auch die meisten Parteien und Interessengruppen entstanden erst nach Gómez' Herrschaft. Eine Ausnahme stellt die Kommunistische Partei Venezuelas (PCV)² dar, die bereits 1931 im Untergrund gegründet wurde und bis in die 1940er Jahre hinein als einflussreiche Kraft innerhalb der Gewerkschaftsbewegung galt. Aus der Generation von 28 heraus gründete sich 1941 die Partei AD (Demokratische Aktion). Ursprünglich ebenfalls mit marxistischen Wurzeln sah sie sich als sozialistische und später sozialdemokratische Alternative zur PCV.

Der Zweite Weltkrieg machte Venezuela dann endgültig zum Erdölboomland und verbesserte die Verhandlungsposition gegenüber den internationalen Unternehmen (Karl 1997: 83ff.). Der Regierung diente nicht zuletzt die in Mexiko unter Lázaro Cárdenas erfolgte Nationalisierung des Erdöls als Drohkulisse bei den Verhandlungen. Mit dem Erdölgesetz von 1943 betrugen die Royalties nun 16,66 Prozent, sanken jedoch ab, wenn der Erdölpreis auf mehr als 81 Cent stieg (Arraíz Lucca 2017: 151). Ein zweites Gesetz erhöhte zudem die Körperschaftssteuer. Das US State Department riet den US-Firmen aufgrund der enormen militärischen Bedeutung des Erdöls, den Bedingungen zuzustimmen.

Das Erdölgesetz verlangte von den Unternehmen auch, Raffineriekapazitäten in Venezuela aufzubauen. Im Gegenzug erhielten sie eine 40-jährige Laufzeit ihrer Konzessionen (bis 1983) zugesichert. Die Regierung strebte eine Fifty-Fifty-Aufteilung der Gewinne an, die es gegen Ende des Zweiten Weltkrieges durch die Einführung einer Übergewinnsteuer etablierte (Mommer 1983: 68ff., Arraíz Lucca 2017: 170).

Nach dem Zweiten Weltkrieg und vor allem ab den 1960er Jahren versuchte Venezuela, sich durch die damals in Lateinamerika verbreitete „importsostituierende Industrialisierung“ zu entwickeln. Demnach sollten mittels staatlicher Investitionen ein Binnenmarkt und Industriezweige geschaffen werden, um eine gegenüber den

- 2 Die PCV folgte von Beginn an der sowjetischen Linie und lehnte zunächst jegliche Bündnisse mit anderen linken Parteien ab. Dies änderte sich erst mit dem Beschluss zur „Einheitsfront-Strategie“ der Kommunistischen Internationale (Komintern) auf dem VII. Weltkongress Mitte 1935.

Industriestaaten „nachholende Entwicklung“ zu ermöglichen. Der Erfolg hielt sich jedoch in Grenzen. Die Anzahl der Arbeitsplätze reichte nicht einmal annähernd für die vielen Menschen, die vom Land in die Städte migrierten.

Die erste, dreijährige demokratische Phase Venezuelas leitete im Oktober 1945 ein zivil-militärischer Staatsstreich ein. Eine siebenköpfige Junta aus zwei Militärs, einem Unabhängigen und vier AD-Vertretern unter dem Vorsitz Rómulo Betancourts, bereitete die ersten offenen Wahlen mit allgemeinem Wahlrecht vor. Rómulo Gallegos, Präsidentschaftskandidat der AD, Schriftsteller und Lehrer vieler Studenten aus der „Generation von 28“ erhielt 1947 knapp drei Viertel der abgegebenen Stimmen. Die bürgerlich-demokratischen Freiheiten hatten bereits vor der Wahl zur Gründung weiterer Parteien geführt, darunter 1945 der liberal-demokratischen URD (Demokratisch-Republikanische Union) und 1946 der christdemokratischen COPEI (Unabhängiges Politisches Wahlorganisationskomitee). Bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung triumphierte die AD ebenfalls mit 75 Prozent der Stimmen. Die Partei blieb im Diskurs antiimperialistisch, arbeitete aber eng mit den USA und den US-Ölfirmen zusammen (Zeuske 2009: 388). Im Zuge der weltweiten Demokratisierungsbemühungen nach dem Zweiten Weltkrieg kam von den USA politische Rückendeckung. Ihre führende Position nutzte AD aus, um innerhalb der Verwaltung, der Gewerkschaften und der Bauernorganisationen ihre Kontrolle auszubauen. Die Partei dominierte in dieser Phase derart stark, dass sich die übrigen gesellschaftlichen Gruppen, allen voran die Streitkräfte, übergangen fühlten. Am 24. November 1948 putschte das Militär, ohne auf nennenswerten gesellschaftlichen Widerstand zu stoßen. Betancourt und weitere AD-Politiker flohen ins Exil. Die Partei hatte zwar die Macht im Staat kanalisiert, die Massen jedoch nicht zur Unterstützung der Demokratie mobilisieren können. Die übrigen Parteien COPEI, URD und PCV, die in der AD ihren vorrangigen Gegner sahen, begrüßten ebenso wie die Kirche den Umsturz oder widersetzten sich ihm zumindest nicht. Sie erhofften sich baldige, von der Junta in Aussicht gestellte Neuwahlen (Werz 1983: 57f., Coronil 1997: 149).

Modernisierung mit Brechstange

Freie Wahlen sollte es unter der Militärdiktatur jedoch nicht geben. Nach ihrer Machtübernahme, von der Junta als Rettung der Demokratie dargestellt, verbot diese die AD und löste nach einem Streikaufruf im Februar 1949 die CTV samt sämtlicher Mitgliedsgewerkschaften auf. URD und COPEI konnten hingegen in eingeschränktem Rahmen weiter tätig sein. Während Betancourt seine Partei aus dem Exil heraus führte, ging ein Teil der AD-Mitglieder in den Untergrund und bekämpfte die Junta durch teils gewaltsame Aktionen.

Junta-Mitglied Carlos Delgado Chalbaud, der am ehesten für einen möglichen Übergang zu einer erneuten zivilen Regierung stand, wurde am 13. November 1950 ermordet. Als Führungsfigur der Militärdiktatur setzte sich Marcos Pérez Jiménez durch.

Am 30. November 1952 ließ die Junta eine Verfassunggebende Versammlung wählen. Sie war sich einer Stimmenmehrheit derart sicher, dass sie keine Vorkehrungen für einen möglichen Wahlbetrug getroffen hatte. Laut inoffiziellen Ergebnissen holte jedoch die von Jovito Villalba angeführte URD mit Unterstützung der illegalisierten Parteien AD und PCV die meisten Stimmen. Nicht zuletzt hatte die Ermordung des prominenten AD-Politikers Leonardo Ruiz Pineda am 21. Oktober 1952 seine Parteigenossen zur Stimmabgabe motiviert, obwohl AD ursprünglich einen Boykott erwogen hatte. Als die Junta ihr eigenes Wahlbündnis zum Sieger erklärte, kam es zum endgültigen Bruch mit URD und COPEI. Am 2. Dezember 1952 ergriff Pérez Jiménez die alleinige Macht und verbot sämtliche Parteien. Proteste und Widerstand innerhalb Venezuelas gab es nicht. Der US-Botschafter nickte das Vorgehen in der Frühphase des Kalten Krieges ab (Coronil 1997 153f., Zeuske 2008: 289ff.).

Ermöglicht durch eine Ausweitung der Erdölförderung setzte Pérez Jiménez auf Modernisierung, Industrialisierung und schnelles Wachstum. Neue Lagerstätten wurden entdeckt und weitere Konzessionen vergeben. Zwischen 1943 und 1958 stieg die venezolanische Erdölproduktion von unter 500.000 auf etwa 2,6 Millionen Barrel pro Tag an. Der Preis pro Barrel erhöhte sich im selben Zeitraum von etwa einem auf 2,50 US-Dollar (Arráiz

Lucca 2017: 190ff.). Sein politisches Projekt bezeichnete Pérez Jiménez ab 1956 als „Neues Nationales Ideal“. Dazu gehörte für den wenig charismatischen Militärherrscher auch die Förderung venezolanischer Folklore, religiöser Kulte und Sport. Hinzu kam eine wachsende nationalistische Verehrung Simón Bolívars und anderer Unabhängigkeitshelden.

Während der Diktatur entstanden gigantische nationale Großprojekte, die das Bild Venezuelas bis in die Gegenwart prägen. Dazu zählten das Stahlwerk Sidor und das Wasserkraftwerk Guri am Río Caroní im Südosten, die längste Schrägseilbrücke am Maracaibo-See und die höchste Seilbahn in Mérida im Westen, das Hotel Humboldt mit dazugehöriger Seilbahn auf dem Gipfel des Ávila oder der modernistische Umbau der Zentraluniversität in Caracas (UCV). Zudem ließ die Diktatur neue Autobahnen, die ersten Hochhäuser und riesige Wohnsiedlungen bauen. Die Vorstellungen, die der geradezu wahnhafte Modernisierungs- und Konsumoptimismus jener Jahre annahm, versinnbildlicht sich vielleicht am besten in dem 1956 begonnenen spiralförmigen Bau „El Helicoide“ im Südwesten von Caracas. Ursprünglich sollte hier ein riesiges, autofreundliches Einkaufszentrum mit einer durchgehend befahrbaren Rampe entstehen. Doch bis 1961 wurde das Gebäude nur teilweise fertiggestellt und stand danach mehr als 20 Jahre lang als weithin sichtbare, ungenutzte Ruine in der Stadt. Erst ab Mitte der 1980er Jahre zogen staatliche Behörden ein. Heute beherbergt der Bau unter anderem ein Geheimdienstgefängnis.

Mit dieser Erdölbonanza schaffte es der Militärdiktator auf die Titelseiten internationaler Magazine, so Anfang 1956 auch in das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, das den venezolanischen Fortschrittsoptimismus in seiner schon damals eigenwilligen Ausdrucksweise adaptierte: „Die Wirtschaftsberichte dieses Landes gleichen einem Trommelwirbel von Superlativen, einem tropischen, betäubenden Tam-Tam von Millionenziffern. Sie sind das Spiegelbild einer Entwicklung, die mit Riesenschritten paradiesischen Zuständen zuzustreben scheint.“³ In Europa verbreitete sich

3 „Der Spiegel“ 2/56: www.spiegel.de/politik/das-oel-paradies-a-7d332f96-0002-0001-0000-000031587155

die Kunde, in Caracas liege das Geld nur so auf der Straße. In den 1940er und 1950er Jahren zog Venezuela massiv Migrant:innen aus Ländern wie Spanien, Italien und Portugal an (Coronil 1997: 329).

Ab 1957 führte eine Wirtschaftskrise zu Verzögerungen und dem Stopp von Bautätigkeiten. 1953 hatte die Militärjunta in Erwartung großen Rückhalts infolge des Wirtschaftsbooms in die Verfassung schreiben lassen, dass alle fünf Jahre eine Wahl stattfinden sollte. Diese wäre 1958 fällig gewesen. Statt über mehrere Kandidat:innen ließ Pérez Jiménez in einem Referendum am 15. Dezember 1957 über seine Person abstimmen. Laut offiziellen Zahlen erhielt er dabei über 80 Prozent Zustimmung. Daraufhin nahm der gesellschaftliche Widerstand zu. Auf Initiative von PCV und URD hatte sich bereits im Juni das Oppositionsbündnis „Junta Patriótica“ gebildet, dem sich AD, COPEI sowie disidente Militärs anschlossen (Werz 1983: 60, Coronil 1997: 202ff.). Zahlreiche Unternehmer und die US-Regierung, die Pérez Jiménez 1954 noch mit der „Legion of Merit-Medaille“ – einer Auszeichnung der US-Streitkräfte – geehrt hatte, rückten von der Militärjunta ab. An Silvester scheiterte ein Putsch der Luftwaffe unter Führung des nationalistischen Oberst Hugo Trejo. Im Januar kam es zu zivilen Aufständen, die in einen Generalstreik ab dem 21. Januar mündeten. Am 23. Januar 1958 setzte sich Pérez Jiménez schließlich per Flugzeug zu seinem Diktatorenfreund Rafael Trujillo in die Dominikanische Republik ab (Coronil 1997: 212). Ab dem 24. Januar fungierte der Offizier Wolfgang Larrazábal als Präsident einer Übergangsjunta, am 9. Februar kehrte AD-Gründer Rómulo Betancourt aus dem Exil zurück.

Von der Revolte zur „paktierten“ Elitendemokratie

Die Übergangsjunta öffnete demokratische Spielräume, die allerdings umkämpft waren. Im Juli und September scheiterten Putschversuche aus den Reihen des Militärs, die zu Gegenmobilisierungen auf der Straße führten (Vasquéz 2015: 84). Im Dezember 1958 fanden die ersten demokratischen Wahlen seit 1945 statt. Junta-Präsident Larrazábal trat im Vorfeld von seinem Posten zurück, um für das Präsidentenamt zu kandidieren. Während der kurzen Übergangsphase hatte er aufgrund staatlicher Arbeits-